

## **9 Dringliche Anträge**

### **9.1 Grazer Nachhaltigkeitsbericht (GR<sup>in</sup> Hopper, ÖVP)**

**GR<sup>in</sup> Hopper:**

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Mich freut es, dass ich den Antrag jetzt an dieser Stelle auf der Tagesordnung vortragen darf, weil doch die Stücke, die wir davor, die größeren, beschlossen haben, sehr, sehr gut einfach in die grundsätzliche Idee hinter dem Antrag auch reinfließen. Es ist den Allermeisten wahrscheinlich eh klar, dass wir, und das hat man, glaube ich, heute in der Sitzung auch sehr, sehr gut gemerkt, dass es ein Bereich ist, den wir aus verschiedenen Blickwinkeln logischerweise irgendwo auch betrachten und was, glaube ich, auch gut so ist und ich glaube, um sich auch auf konkrete Daten beziehen zu können und da auch wirklich eine Übersicht, um vielleicht auch im weiteren Schritt auch einen kleinen Wegweiser zu haben, was in diesen ganzen Bereichen noch zu tun ist, weil irgendwo die Grundlage ist auch für den Antrag, den ich heute auch vorstellen darf.

Den Allermeisten werden die 17 Ziele nachhaltiger Entwicklung der Vereinten Nationen jetzt nichts Neues sein und gleichzeitig ist es, was ich trotzdem auch in meinem Motivenbericht noch einmal drinnen haben wollte. Weil 2015 auch dafür gesorgt hat, dass viele Städte, die bereits verschiedene Nachhaltigkeitsberichte in diversen Ausführungen bereits haben, die auch noch einmal überdacht haben und angepasst haben an diese 17 Ziele der nachhaltigen Entwicklung. Ich glaube, dass wir und dass generell Städte und stark wachsende Städte Nachhaltigkeitsstrategien in den verschiedensten Bereichen haben, ist auch etwas sehr, sehr Positives. Auch wir haben in unserer Stadt, sei es in dem Verkehrsbereich, sei es in anderen sehr, sehr coole Zielsetzungen, die wir verfolgen und die auch unserer Bevölkerung, der Kurt hat, glaube ich, vorher die LQI-Studie kurz erwähnt, auch garantieren, dass wir in Zukunft auch auf die Lebensqualität in unserer Stadt schauen. Gleichzeitig ist es, wie viele Städte auch schon festgestellt haben, dadurch natürlich ein bisschen schwierig und

stellt auch eine Herausforderung dar, die Übersichtlichkeit von was in den Bereichen passiert, wo Fortschritt zu verzeichnen ist, wo es auch viele Erfolge zu verbuchen gibt, aber auch gleichzeitig, wo es vielleicht auch noch Handlungsbedarf gibt, recht schwer zu identifizieren, weil es nicht sehr übersichtlich und klar dargestellt wird. Große Städte, wie London und Hamburg, und ich war kurzem auch in Berlin, haben seit einigen Jahren schon Nachhaltigkeitsberichte, die sie nicht in der vielleicht konventionellen Form, aber nicht in der Form von einer Auflistung von Projekten, die bereits passiert sind, zusammenstellen, sondern tatsächlich eine übersichtliche und transparente Analyse anhand dieser Indikatoren, das ist Sustainable Development Goals, teilweise auch eigene Zielsetzungen der verschiedenen Städte ausführen und auf diese Art und Weise auch der Bevölkerung eine transparente Übersicht zur Verfügung stellen, was die Stadt und die Stadtregierung, die Politik, aber auch die Beamtenschaft in diesen Bereichen macht. Gleichzeitig, und deshalb habe ich das Beispiel aus München auch erwähnt, ist es so, glaube ich, sehr, sehr wichtig nicht nur eine Auflistung zu haben, sondern tatsächlich auch eine Prognose der Entwicklungen in diesem Bericht drinnen zu haben und notwendigen Handlungsbedarf auch zu identifizieren und das als klaren Auftrag als Stadt dahingehend mitzunehmen. Ich habe es sehr, sehr schön gefunden, dass aus sehr, sehr vielen Seiten schon davor eigentlich Zustimmung zu so einer Idee zu vernehmen war, weil ich glaube, dass es wirklich, und man hat es heute gesehen, ein Thema ist, was alle in den verschiedenen Bereichen betrifft und wo man einfach verschiedene Zugänge dazu hat und mit so einem Nachhaltigkeitsbericht, glaube ich, dass man auch eine gemeinsame Basis, anhand derer man auch argumentieren kann, die fachlich auch gut erstellt und bearbeitet ist, mitnehmen kann. Mein Vorschlag wäre, dass so etwas Dreijähriges erstellt wird, das habe ich auch im Antragstext ausgeführt und dazwischen aber mit kleinen Zwischenberichten auch quasi der Stand der Dinge überprüft werden kann. Aus diesem Grund erstelle ich Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

**dringlichen Antrag,**

der in fünf Punkte aufgeschlüsselt ist und der erste ist, dass der Gemeinderat die Magistratsdirektion damit betraut, eine Steuerungsgruppe für diesen Nachhaltigkeitsbericht einzusetzen, die sich mit der Aufbereitung und der Erstellung eines Grazer Nachhaltigkeitsberichtes befasst. In jedem Fall, und das war mir irgendwo wichtig, sollte da auch die Magistratsdirektion, die Präsidialabteilung, das Umweltamt und auch die Holding Graz vertreten sein, weil das irgendwo die Schlüsselstellen sind, wo mehrheitlich diese Sustainable Development Goals auch irgendwo wiederzufinden sind im Sinne des Umweltamtes und natürlich auch, was die strategische und, sage ich einmal, Erstellung und Aufbereitung dieses Berichtes angeht, ist natürlich die Magistratsdirektion, die Präsidialabteilung damit zu betrauen.

Der Punkt 2. ist irgendwo das, wo ich sage, dass das Sinn macht und man braucht hier kein neues System erfinden, wenn es das bereits gibt und zwar dass im zu erstellenden Bericht Nachhaltigkeit gesamtheitlich und anhand der Sustainable Development Goals betrachtet wird und der Status quo in den definierten Bereichen anhand der Indikatoren der Vereinten Nationen erhoben werden. Daraus ergeben sich dann auch klar die Handlungsfelder, die der Verwaltung und der Politik als Wegweiser dienen sollen.

Zum Punkt 3., bei der Planung, der Umsetzung und der Erstellung des Berichtes soll von der Steuerungsgruppe auch die Vernetzung mit den bestehenden in der Stadt Graz verwendeten Management-Tools wie z. Bsp. die Balanced Score Card in Betracht gezogen werden. Auch hier ist irgendwo das Ziel, die bestehenden Systeme mitzunehmen, anstatt das ganze Rad jetzt komplett neu zu erfinden. Und ich glaube, das bietet sich hier vielleicht auch sehr gut an.

Nr. 4 ist, der zu erstellende Bericht soll auch dreijährlich erscheinen, um der Bevölkerung einerseits eine transparente Übersicht über die Entwicklung in unserer Stadt zu geben und andererseits als Wegweiser natürlich zu dienen.

Und der letzte Punkt ist, dass aufgrund des breiten Anwendungsfeldes auch einmal jährlich dem Stadtsenat einen Informationsbericht vorgestellt werden soll. Und ich glaube, dass hier dem auch nichts im Wege steht, für die verschiedenen Bereiche auch in den verschiedenen Ausschüssen vielleicht einen Bericht einzunehmen, den ich jetzt

konkret in dem Antragstext nicht verfestigt habe. Ich hoffe auf breite Zustimmung, ich glaube, dass das eine sehr wegweisende Geschichte auch in Graz sein könnte und, glaube ich, sehr, sehr wichtig ist für den Bereich Nachhaltigkeit. Danke (*Allgem. Appl.*).

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Am 25. September 2015 wurden auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in New York die 17 „Ziele nachhaltiger Entwicklung“ von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet und mit ihnen ein Katalog von mehr als hundert Indikatoren zur Überprüfung der Entwicklung in den verschiedenen Nachhaltigkeitsbereichen. Für alle Kommunen und Städte, aber insbesondere für stark wachsende Städte wie Graz sind urbane Nachhaltigkeitsstrategien eine Notwendigkeit. Wie auch in den „Sustainable Development Goals“ definiert, darf Nachhaltigkeit in diesem Kontext nicht nur in den klassisch definierten Disziplinen Ökologie, Soziales und Wirtschaft, sondern muss über- und ineinandergreifend gesehen werden.*

*Bei der 2018 durchgeführten Umfrage zur Lebensqualität haben von 20.572 Grazerinnen und Grazern 91,2 % angegeben, sehr gerne oder gerne in ihrem Stadtteil zu leben. Ein solches Ergebnis ist in vielen Städten nicht vorstellbar und zeugt von den erfolgreichen Entwicklungen in unserer Stadt in der Vergangenheit. Dieses Ergebnis ist ein klarer Auftrag an die politischen Verantwortlichen, dieses Niveau an Lebensqualität in Graz beizubehalten.*

*Um den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin ein attraktives und selbstbestimmtes urbanes Leben zu ermöglichen, wurden bereits viele Strategien erarbeitet und implementiert, die sich mit allen Bereichen des Lebens befassen. Nachhaltig sind demnach nicht nur die Grundsätze zur Verkehrspolitik, in der volkswirtschaftlichen, umwelt- und energiepolitische Maßnahmen Vorrang gegenüber einzelwirtschaftlichen Zielen haben.*

*Die Verfügbarkeit von Wohnraum in einer Stadt oder die Richtlinien für ein gelebtes, gleichberechtigtes, inklusives Miteinander – Vorstellungen, die die Politik in einer Menschenrechtsstadt wie Graz auch vorlebt – sind in der Nachhaltigkeit einer*

*gesellschaftlichen Entwicklung enthalten.*

*Die Vielzahl an Maßnahmen und Strategien, die im Sinne der Nachhaltigkeit verfolgt werden, stellt viele Städte vor die Herausforderung, die Übersichtlichkeit und den Fortschritt in den unterschiedlichen Bereichen ersichtlich zu machen. Gleichzeitig ist eine gesamtheitliche Erfolgskontrolle bzw. Standortbestimmung für Städte hinsichtlich ihrer Ziele dadurch schwierig. Viele Städte so wie London oder Hamburg haben aus diesem Grund bereits einen Nachhaltigkeitsbericht eingeführt. Am Beispiel von München betrachtet, handelt es sich um eine übersichtliche, transparente Analyse der zuvor definierten Nachhaltigkeitsziele anhand der jeweiligen Indikatoren und dem Fortschritt in den jeweiligen Zielbereichen. Diese umfassende Aufschlüsselung kann nicht nur als Wegweiser und Monitoring-System verstanden werden, sondern bietet darüber hinaus auch Grundlagen für innovative und strategische Stadtplanung.*

*Ein Grazer Nachhaltigkeitsbericht, der alle 3 Jahre erstellt wird, würde demnach nicht nur der laufenden Erfolgskontrolle dienen, sondern auch der Verwaltung und Politik helfen, Transparenz hinsichtlich ihres Handelns herzustellen und auf dem Bericht basierend Handlungsbedarf zu identifizieren. Die 17 Ziele nachhaltiger Entwicklung – Sustainable Development Goals – und die Indikatoren bieten bereits ein System, anhand dessen man einen Nachhaltigkeitsbericht erarbeiten kann. Neben den erhobenen Ergebnissen wäre auch die Prognose der Entwicklungen hilfreich, um daraus konkrete, notwendige Handlungsaufträge abzuleiten und die Zukunft unserer Stadt nachhaltig zu gestalten.*

*Aus diesem Grund stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden*

**dringlichen Antrag:**

- 1) Der Gemeinderat beauftragt die Magistratsdirektion mit der Einsetzung einer Steuerungsgruppe, die mit der Aufbereitung und Erstellung eines Grazer Nachhaltigkeitsberichts betraut wird. In jedem Fall sollten sowohl*

*Magistratsdirektion und Präsidualabteilung als auch das Umweltamt und die Holding Graz vertreten sein.*

- 2) Im zu erstellenden Bericht wird Nachhaltigkeit gesamtheitlich und anhand der Sustainable Development Goals betrachtet und der Status quo in den definierten Bereichen anhand der Indikatoren der Vereinten Nationen erhoben. Daraus ergeben sich Handlungsfelder, die der Verwaltung und Politik als Wegweiser dienen sollen.*
- 3) Bei der Planung der Umsetzung und der Erstellung des Berichts soll von der Steuerungsgruppe auch die Vernetzung mit bestehenden in der Stadt Graz verwendeten Management-Tools wie bspw. Balanced Scorecard in Betracht gezogen werden.*
- 4) Der zu erstellende Bericht soll dreijährig erscheinen, um der Bevölkerung eine transparente Übersicht über die Entwicklungen in unserer Stadt zu geben.*
- 5) Aufgrund des breiten Anwendungsfeldes wird einmal jährlich dem Stadtsenat ein Informationsbericht vorgestellt.*

**GR<sup>in</sup> Ussner:**

Sehr geehrte Anwesende, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Anna. Danke für den wichtigen Antrag. Was uns halt wichtig war, weil die SDG einfach irrsinnig umfassend und komplex sind und Nachhaltigkeit ja Querschnittsmaterie ist, die weit über das hinausgeht, was das Umweltamt leistet und leisten kann. Was ist uns wichtig? Einerseits eben, was in Punkt 1. von meinem Zusatzantrag drinnen steht. Da ist zu ergänzen die Steuerungsgruppe und andererseits was mir auch wichtig ist zu sagen, dass man nicht nur Papier produziert und auch bedenkt, dass wir von dem, was wir als Stadt zu tun hätten, um wirklich eine nachhaltige Stadt zu gestalten, schon wissen. Und viel davon hapert bei uns einfach nur an der Umsetzung und nicht an dem, was wir wissen. Also ich finde es wichtig, da aufzupassen, dass man nicht nur noch mehr Papier produziert. Genau die Themen, die da einfach genauso reingehören zur Nachhaltigkeit ist Stadtplanung, Verkehr bis hin zur Bildung, Wirtschaft, soziale Sicherheit,

Wohnraumversorgung und Gesundheit und deswegen ist es einfach sinnvoll, die ganze Steuerungsgruppe genau so breit aufzusetzen, wie das Thema Nachhaltigkeit eigentlich gesehen werden sollte. Und was mir auch wichtig war als Punkt 2. eben, weil die Leerstandserhebung auch schon medial angekündigt wurde, das klar dazu reinzunehmen. Deswegen stelle ich folgenden

**Zusatzantrag:**

1. Punkt 1 des Antrages soll folgendermaßen ergänzt werden: Weiters sind das Sozialamt, die Abteilung für Bildung und Integration und die Stadtbaudirektion in die Steuerungsgruppe einzubinden.
2. Da die Verfügbarkeit von Wohnraum eine der wichtigsten Zielsetzungen ist und die Debatte über Wohnungsleerstand in Graz schon seit längerer Zeit geführt wird, ohne dass entsprechendes Datenmaterial vorliegt, soll in das geplante Monitoring auf jeden Fall eine Erhebung des Wohnungsleerstandes miteinfließen.

Bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

*Originaltext Zusatzantrag GR<sup>in</sup> Ussner:*

*Die Sustainable Development Goals beziehen sich, wie ja auch im Motiventext angeführt, umfassend auf alle Bereiche, die für eine nachhaltige Entwicklung relevant sind, von Ökologie, Stadtplanung und Verkehr bis hin zu Bildung, Wirtschaft, soziale Sicherheit, Wohnraumversorgung und Gesundheit. Daher ist es sinnvoll, bereits die Steuergruppe, die den gesamten Prozess aufsetzen soll, dementsprechend zu besetzen.*

*Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden*

**Zusatzantrag:**

*Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen,*

- 1. Punkt 1 des Antrages soll folgendermaßen ergänzt werden: Weiters sind das Sozialamt, die Abteilung für Bildung und Integration und die Stadtbaudirektion in die Steuergruppe einzubinden.*
  
- 2. Da die Verfügbarkeit von Wohnraum eine der wichtigsten Zielsetzungen ist und die Debatte über Wohnungsleerstand in Graz schon seit längerer Zeit geführt wird, ohne dass entsprechendes Datenmaterial vorliegt, soll in das geplante Monitoring auf jeden Fall eine Erhebung des Wohnungsleerstandes miteinfließen.*

**GR<sup>in</sup> Marak-Fischer:**

Geschätzter Herr Vorsitzender, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Zuhörer auf der Zuhörertribüne, liebe Anna Hopper. Danke für den Antrag. Es ist ein sehr vernünftiger und guter Antrag, würde ich einmal sagen. Wiewohl er eigentlich, wie soll ich sagen, eigentlich nicht sein müssen sollte. Denn Politik hat ohnehin die Rahmenbedingungen für die Zukunft zu gestalten und sollte daher schon laut Definition her nachhaltige Politik machen. Wie wir heute wieder den ganzen Tag über gesehen haben, passiert das leider nicht und nicht immer, oft natürlich schon. Aber einige der heutigen Themen sind bei Weitem nicht nachhaltig, und nachhaltige Politik würde Projekte wie die Plabutschgondel mit der Fällung von tausenden Bäumen, würde Projekte wie neuerdings die Versiegelung einer kleinen Fläche, die man auch anders lösen könnte, bei der Oper nicht machen. Nachhaltige Politik würde endlich tatsächlich tiefgreifende Maßnahmen zum Feinstaub treffen, nachhaltige Politik würde die Verkehrspolitik in unserer Stadt anders gestalten. Das heißt, ja, wir begrüßen diesen Antrag, ja, wir begrüßen es auch, dass ein Bericht dazu gemacht wird, Leitlinien zur Nachhaltigkeit, dass alle Ämter ihren Beitrag dazu leisten. Wir finden auch den Zusatzantrag der Grünen sehr, sehr gut und sinnvoll. Leerstandserhebung ohnehin ein Thema, das wir

schon seit Jahren für sehr, sehr wichtig halten und wo wir uns, glaube ich, inhaltlich auch sehr einig sind, zumindest die antragsstellende Partei und wir. Und wir hoffen, oder ich möchte mit diesem Antrag und mit der Zustimmung zu diesem Antrag schon auch die Hoffnung verknüpfen, dass das auch zu einem gewissen Umdenken in der ÖVP führt, wenn sie sich jetzt neuerdings öfters, zumindest theoretisch, mit dem Thema beschäftigt, dann kommt hoffentlich auch der zweite Schritt, dass auch bei den Projekten in der Praxis das Thema Nachhaltigkeit einen höheren Wert findet. Danke (*Allgem. Appl.*).

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.***

**StR Hohensinner:**

Wer wünscht zum Inhalt das Wort?

**StR<sup>in</sup> Schwentner:**

Schön, dass das einstimmig beschlossen ist und ich begrüße auch den Antrag. Ich wollte nur darauf hinweisen, deswegen bitte ich auch um die Unterstützung des Zusatzantrages von der Tamara Ussner, dass die SDG sehr, sehr komplex sind und dass die Idee der SDG, diese 17, die sehr vernetzt gedacht sind, und nicht nur wie früher das bei den Entwicklungszielen so war, als es um die Entwicklungsländer gegangen ist, sondern dass es um dieses Gleichgewicht auf der ganzen Welt geht, um diese globalen Auswirkungen, dass es um ein vernetztes Verständnis geht von Armut, von Wirtschaft, von Industrie, von Bildung, von Klima, von allen Faktoren, die zusammenwirken auf dieser Welt und das hat noch einmal 169 Unterziele. Der Antrag, der hat es in sich, weil das ist schon ein ganz schönes Aufgabenpaket, das wir damit auf uns nehmen. Insofern ist tatsächlich nicht nur das Umweltamt oder sollte nicht nur das Umweltamt jetzt miteinbezogen sein mit der Magistratsdirektion und der Präsidualabteilung, so wie es

da drinnen steht, und der Holding, sondern auch wesentliche Schlüsselressorts, wie das Sozialreferat, weil das eben so umfassend gedacht werden muss und was mir fehlt, worüber wir dann schon in der Folge auch nachdenken, ist, mit welchem Ziel wollen wir das? Ist es, um quasi auch Maßnahmen zu schaffen und zu bündeln? Und dann bin ich wieder bei dem, was ich vorher schon gesagt habe, dann ist dieses Papier, das da erzeugt wird, muss dann auch wirklich auch ernst genommen werden. Weil die Dinge, die wir festhalten in dieser Stadt und auf die wir uns einigen, die sollen uns auch Verpflichtung sein, danach zu agieren und zu handeln. Und es ist schön, dass sich da alle committen und einigen darauf, so etwas zu tun. Aber dann sollten wir auch wirklich, wenn wir so etwas gemeinsam machen und sagen, ein Nachhaltigkeitsbericht verpflichtet uns zu gewissen Handlungen, dann müssen wir die auch ernst nehmen und die Bitte würde ich gerne in dem Zusammenhang äußern. Sonst freue ich mich darauf, da auch mitzuwirken (*Allgem. Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Potzinger:**

Geschätzter Herr Vorsitzender, liebe StadträtInnen, Mitglieder der Stadtregierung und des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Liebe Antragstellerin, herzlichen Dank, du hast mit deinem Antrag die Zukunft wieder einmal am Schopf gepackt und wir sind uns einig als Stadt Graz, als Stadt der hohen Lebensqualität, dass wir uns die Sustainable Development Goals, diese Nachhaltigkeitsziele, noch stärker an die Brust nehmen, noch dazu heute, liebe Freunde, heute ist der 9. Mai. Der 9. Mai ist der Europatag. Auf europäischer Ebene werden die SDG intensiv diskutiert. Ich bin da seit Jahren selber auch für die Kommission tätig. Es geht um die Lebensqualität in unser Stadt, in unserem Land in Europa und diese sieben groß definierten Ziele sind da ein wesentlicher Kompass, dem wir uns mit diesem Antrag gemeinsam verpflichten. Die Haltung wie die Alexandra Marak-Fischer, von dir verstehe ich nicht ganz, du hast wörtlich gesagt: Die dafür notwendige Politik passiert nicht, nicht immer, oft natürlich schon. Also nicht, nicht immer oder oft natürlich schon? Ich würde sagen, oft natürlich schon. Ich glaube, mehrheitlich machen wir sehr vieles sehr gut und sichern damit die

Lebensqualität in dieser Stadt (*Appl.*). Wenn ich mir die SDG anschau, mit denen ich mich wirklich sehr intensiv beschäftige, das sind 17 große Ziele. Und ich richte mich jetzt an die Antragstellerin des Zusatzantrages der Grünen. Liebe Kollegin Tamara Ussner, für mich ist dieser Zusatzantrag so unnötig wie ein Kropf. Du hast arbiträr ein paar SDG herausgepickt, nämlich Bildung, Integration. Hast aber z. Bsp. nicht erwähnt, SDG 3 good health an well being, Gesundheit, Wohlbefinden, das wäre das Gesundheitsressort oder z. Bsp. SDG 5 Gender Equality, Geschlechtergerechtigkeit, wundert mich sehr, dass du das nicht angesprochen hast. Das müsste man natürlich auch erwähnen und im zweiten Punkt das Wohnen, bitte, von einer Leerstands-erhebung ist auch in den 169 Unterpunkten keine Rede. Ihr wollt da wieder ein Steckenpferd von euch dahin verpacken, ist in diesem Fall nicht angebracht. Deshalb darf ich namens der ÖVP und auch der Kollegen der Freiheitlichen Fraktion mitteilen, dass wir diesen Zusatzantrag ablehnen, uns aber vollinhaltlich zum Hauptantrag bekennen und in der Stadt der Menschenrechte zusammenarbeiten werden, dass die Lebensqualität nachhaltig gesichert wird und wir weiter gemeinsam dafür gute Arbeit leisten. Hulapalu (*Allgem. Appl.*).

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Ich habe mich eigentlich nur zu Wort *gemeldet* (*StR Hohensinner betätigt die Ordnungsglocke*), weil ich zur Frau Gemeinderätin Potzinger etwas sagen möchte. Liebe Sissi, ich gebe dir auch Recht, dass mehrheitlich da wir Entscheidungen treffen, die durchaus positiv sind, aber in dem Punkt, dass du sagst, dass der Zusatzantrag keine Berechtigung hat, muss ich dir widersprechen. Weil nichts anderes ist hier gemeint, dass auch das Thema Wohnen ganz etwas Wichtiges ist und wie jemand wohnt, wo jemand wohnt, das ist etwas Essentielles, das ist bei den vielen großen Fragen, die uns beschäftigten, eines der wichtigsten Themen überhaupt und wenn das fehlt, dann fehlt uns ganz Entscheidendes. Das möchte ich dir aus jahrzehntelanger Erfahrung sagen (*Allgem. Appl.*).

**StR Hohensinner:**

Wünscht die Antragstellerin ein Schlusswort?

**Hopper:**

Sehr, sehr gern, mich freut es irrsinnig, dass der Grundtenor hier ein sehr, sehr positiver ist gegenüber dem Stück. Deshalb muss ich ganz ehrlich sagen, habe ich zwar gehofft, aber es ist doch sehr, sehr klar, dass das allen tatsächlich wichtig ist und vielen Dank, Frau Stadträtin Schwentner, für Ihr Statement für die Zusammenarbeit in dem Bereich auch. Ich glaube, wie Sie auch gesagt haben, sehr, sehr wichtig ist, da natürlich auch übergreifend zu denken und mir ist schon klar, dass das Umweltamt nicht für alle Sustainable Development Goals zuständig ist. Das war mir auch beim Schreiben sehr, sehr bewusst und gleichzeitig glaube ich, dass wenn man eine Steuerungsgruppe von einem Bereich hat, wo mehrheitlich auch in den Sustainable Development Goals, sei das jetzt auch der Luftfakt oder auch der Grünfakt, oder was auch immer, wo auch sehr viel vom Umweltamt drinnen ist, dass das die Dinge sind, wo ich deswegen auch im Antrag formuliert habe, dass die in jeden Fall in dieser Steuerungsgruppe drinnen sein sollten. Was ich vielleicht auch ganz kurz noch ansprechen wollen würde, ist auch von der Kollegin Marak-Fischer, ich glaube, du hast gesagt in die Richtung, das Umdenken ist notwendig und ich glaube, dass das Umdenken, das ist das, was ich eingangs versucht habe zu erwähnen. Insofern aus meiner Sicht und aus unserer Sicht auch nicht notwendig, als dass das bereits in verschiedenen Bereichen passiert. Sei das jetzt in der Bildung, wo investiert wird, sei das in der sanften Mobilität, wo investiert wird, was wir heute drinnen gehabt haben. Ich glaube, der Weg und die Linie, die wir auch machen von unserer Fraktion gemeinsam mit der Koalition ist da ein sehr, sehr positiver, auch wenn man sich die SDG genauer anschaut. Es ist ganz klar das Bekenntnis von uns auch, dass es immer Bereiche gibt, wo man Verbesserungsbedarf hat und ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig, dass man da auch einen Nachhaltigkeitsbericht hat, der das transparent nach außen kommuniziert. Deswegen freut es mich irrsinnig, dass die Zustimmung hier so groß ist und ich bin guter Dinge, dass das ein sehr, sehr wegweisendes Projekt auch in Österreich wird, weil ich bis jetzt

noch von keinen Städten mitbekommen habe, dass die wirklich anhand der SDG ihre Nachhaltigkeit quasi recherchieren und auch schauen, was da jetzt noch zu tun ist. Vielen lieben Dank (*Allgem. Appl.*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

***Der Zusatzantrag der GR<sup>in</sup> Ussner wurde (gegen Grün, SPÖ, KPÖ) abgelehnt.***

## **9.2 Novellierung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG) (GR Eber, KPÖ)**

**GR Ebner:**

Lieber Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich darf diesen Antrag einbringen. Es geht um, Kurt Hohensinner hat es schon vorweggenommen, um das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz. Ein etwas sperriger Titel und nichtsdestotrotz ein sehr wichtiges Thema. Dieses Gesetz wurde 1979 beschlossen, genau vor 40 Jahren also. Es hat zahlreiche Novellierungen bereits gegeben und auch die aktuelle Bundesregierung hat eine Novellierung geplant und diese Novelle liegt jetzt sozusagen zur Begutachtung auf. Ich möchte in diesem Antrag nur einen Punkt sozusagen herausgreifen. Es geht dabei um den Plan und das Vorhaben, gemeinnützige Wohnungen künftig verstärkt und eben bereits ab dem fünften Jahr den jeweiligen Mietern zum Kauf anzubieten. Bis jetzt war das ab dem zehnten Jahr möglich. Auf den ersten Blick hört sich das vielleicht gut an, Formulierung, die noch nachgeschärft werden müsste, aber gut. Es gibt aber auch einige Pferdefüße dabei, um nicht zusagen ganze Pferdehexen. Wer bereits nach fünf Jahren in einer Genossenschaftswohnung, die ja einigermaßen noch zu den günstigeren Angeboten gehören, über ein gutes Vermögen, gutes Einkommen und vor

allem stabiles Einkommen verfügt, ist ja leider eher die Ausnahme. Und doch sind es dann zumeist Jungfamilien, die also diese Kaufoption ziehen möchten und die allerdings dann schnell in eine Schuldenfalle geraten. Ein möglicher Arbeitsplatzverlust oder andere Gründe, warum das Haushaltseinkommen sinkt, führen eben zu Einkommenseinbußen, die Kreditraten bleiben jedoch gleich hoch. Gleichzeitig geht damit aber auch günstiger Wohnraum dauerhaft verloren, privatisierte Wohnungen können naturgemäß von den Genossenschaften nicht mehr auf dem Markt angeboten werden und sie fehlen also da auch als kostendämpfendes Element auf dem Wohnungsmarkt insgesamt. Und schließlich das ist der dritte Punkt, der uns kritisch erscheint in diesem Zusammenhang, es entsteht damit unweigerlich natürlich das Problem der Verwaltung von Mischhäusern. Gebäude, in denen sowohl Eigentums- als auch Mietwohnungen sich befinden, stellen Hausverwaltungen vor große Herausforderungen, wenn es beispielsweise um Sanierungen geht. Es müssen da ja die Zustimmungen von den Eigentümern dann auch eingeholt werden und wir haben dieses Problem ja auch in Graz gehabt bei unseren Gemeindewohnhäusern und da möchte ich daran erinnern, dass es dann einen einstimmigen Beschluss hier im Gemeinderat gegeben hat, mit dieser Praxis sozusagen aufzuhören und dass eben keine Wohnungen jetzt mehr von unseren Gemeindewohnhäusern (*lacht*) verkauft werden.

Ich darf daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **Antrag zur dringlichen Behandlung**

stellen: Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich in einer offiziellen Stellungnahme gegen jene Änderung im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz aus, die in Hinkunft einen Verkauf von Genossenschaftswohnungen bereits nach fünf Jahren vorsieht. Danke (*Allgem. Appl.*).

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Das Gesetz mit dem etwas sperrigem Titel "Wohnungsgemeinnützigkeitgesetz" wurde 1979 beschlossen, selbstverständlich gab es seither einige Novellen dazu.*

*Auch die aktuelle Bundesregierung möchte nun einige Änderungen bewirken, diese befinden sich momentan bis 10. Mai in Begutachtung.*

*In meinem Antrag möchte ich nur auf einen Punkt dieser Novelle verweisen. Dabei geht es um den Plan, gemeinnützige Wohnungen künftig verstärkt und bereits ab dem fünften Jahr (bisher ab dem 10.) an die jeweiligen MieterInnen zu verkaufen.*

*Das mag sich für manche auf den ersten Blick vielleicht gut anhören. Tatsächlich aber lauern hier auch einige Gefahren bzw. negative Folgen.*

*Wer bereits nach fünf Jahren in einer Genossenschaftswohnung über ein einigermaßen gutes und stabiles Einkommen verfügt, ist eher die Ausnahme. Doch auch diese zumeist Jungfamilien, die dann die Kaufoption ziehen möchten, können so schnell in der Schuldenfalle landen. Ein möglicher Arbeitsplatzverlust oder andere Gründe führen zu Einkommenseinbußen, die Kreditraten bleiben jedoch gleich.*

*Zugleich geht günstiger Wohnraum verloren. Privatisierte Wohnungen können naturgemäß nie wieder von den Genossenschaften angeboten werden, sie fehlen auf dem Wohnungsmarkt. Gleichzeitig geht damit auch ein kostendämpfendes Element auf dem Wohnungsmarkt verloren.*

*Und schließlich entsteht damit das Problem der Verwaltung von Mischhäusern. Gebäude, in denen sich sowohl Miet- als auch Eigentumswohnungen befinden, stellen Hausverwaltungen vor große Herausforderungen, wenn es etwa um Sanierungen geht. Die MieterInnen sind hier zudem immer am kürzeren Ast.*

*Ich erinnere daran, dass diese Praxis, nämlich Gemeindewohnungen an interessierte Mieterinnen und Mieter zu verkaufen, die wir auch in Graz bis vor einigen Jahren hatten, durch einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss beendet wurde.*

*Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):*

*Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich in einer offiziellen Stellungnahme gegen jene Änderung im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz aus, die in Hinkunft einen Verkauf von Genossenschaftswohnungen bereits nach fünf Jahren vorsieht.*

**GR Sippel:**

Hoher Gemeinderat, geschätzter Kollege Eber. Du sprichst einen Punkt in diesem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz WGG an. Ich möchte einen bzw. mehrere andere Punkte kurz erwähnen, die eine echte Bereicherung und ein echter Fortschritt sind und ich gehe jetzt einmal davon aus, nachdem ihr das nicht anspricht, dass es sozusagen eine stille Zustimmung auch der Kommunisten für diese Punkte dann gibt. Es sind folgende Punkte: Österreichische Staatsbürger sollen in Zukunft deutlich bevorzugt werden. Im § 8 heißt es: Sämtliche Tätigkeiten einer gemeinnützigen Bauvereinigung sind vorrangig zugunsten einer Wohnversorgung von österreichischen Staatsbürgern auszurichten. Also da sind wir Vorreiter, wir haben das ja schon in den Richtlinien so drinnen, dass es fünf Jahre Aufenthalt bedarf in Graz, um Zugang zu einer Gemeindewohnung zu haben. Aber es gibt auch noch andere Punkte: Opfer von Gewalt sollen zukünftig leichter Zugang zum sozialen Wohnbau, zu sozialen Wohnungen haben und zusätzlich soll es auch nicht möglich sein, sozialen Wohnraum auf airbnb anzubieten. Das heißt, mit diesem Gesetz werden 100.000 leistbare Wohnungen gesichert auf der einen Seite und es werden die Bewohner von dem Zugriff von Immobilienspekulanten geschützt. Etwas, was im roten Wien nicht der Fall ist. Der soziale Wohnbau ist ja dort quasi die Einflugschneise für Spekulanten und da ist

sicher hier ein echter Fortschritt. Also bei der SPÖ Graz fährt man eigentlich nur ein und ich bin bei der Sissi, da sage ich nur mehr: Hulapalu. Also was die von der KPÖ allerdings normierte Änderung betrifft, so ganz durchdacht scheint das nicht zu sein. Ich glaube, wir alle wissen und auch du, Elke, solltest das wissen, dass die Stadt Graz die Wohnungen, die sie besitzt, ja ohnehin nicht verkaufen wird und auch nicht verkaufen kann. Wir reden vom Übertragungswohnbau, richtig, vom Genossenschaftswohnbau. Dort ist es aber so, das hier im Normalfall, und das ist dieser Denkfehler, der auch da vorherrscht, dass im Normalfall, wenn eine Wohnung verkauft wird jetzt nach fünf Jahren, dann wieder ein Kapital vorhanden ist, um weitere Wohnungen zu bauen. Also, ich glaube, die Genossenschaften werden dieses Geld, das sie da einnehmen, weil sie früher auch quasi auch die Wohnungen verkaufen, dann weiterverwenden, um neuen Wohnraum zu schaffen. Also das heißt, diese Entziehung des günstigen Wohnraumes vom Markt, die ist so nicht ganz haltbar und bin schon am Ende. Nicht der Weg in die Schuldenfalle ist das Thema, sondern letztlich ist Anschaffung von Eigentum ja etwas Positives. Und es dringt da einfach durch, und ist eine Altersversorgung, nicht zu vergessen, das dringt da einfach diese latente Angst der Kommunisten vor Wohnungseigentum durch (*Allgem. Appl.*). Wir werden diesem dringlichen Antrag natürlich nicht die Zustimmung geben.

**GR Stöckler:**

Sehr geehrter Herr Stadtrat Hohensinner, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, lieber Manfred Eber. Du weißt, ich schätze dich im Normalfall wirklich und auch viele deiner Anträge sogar. Aber in dem Fall hast du dich ein bisschen selbst wirklich ausgetrickst und zumindest das Einzige, was an dem Antrag wirklich schlüssig und stimmig ist, ist prinzipiell die Bemerkung, dass der Titel sehr sperrig ist, das stimmt. Der Titel ist sehr sperrig, das kann man gar nicht leugnen. Was war das Ziel überhaupt der Änderung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes? Wir haben erstens die Erleichterung der Eigentumsbildung. Das ist eigentlich der Weg, der in richtige Richtung führen soll. Weil genau das, was du da bezeichnest, dass junge

Leute, die gefährdet sind, wenn sie den Arbeitsplatz verlieren, genau das schützt im Alter, der Armin hat es gerade vorher erwähnt auch, vor dieser Altersarmut. Weil das kann jeden jederzeit treffen und Eigentum, je früher ich damit beginnen kann, Eigentum schützt vor Altersarmut. Weil, wenn ich einen Mietzins zu bezahlen habe und dann mit 50 oder 55 arbeitslos werde, dann habe ich, wenn ich ein Eigentum besitze, dann brauche ich nur mehr die „Betriebskosten“ bezahlen und nicht die Mieten, die selbst in Gemeindewohnungen so wie in unseren, liebe Elke, dann sehr leicht nicht mehr leistbar sind. Das ist das eine. Das Zweite ist, wir haben bis dato eine Periode gehabt, in der die Mieter diese Wohnung kaufen, weil das war vom 11. bis zum 15. Jahr. Wir fügen jetzt durch dieses Gesetz, weil durch die Bundesregierung eingeführt, dass man sowohl vom sechsten bis zum zehnten Jahr und dann vom elften bis zum fünfzehnten und dann noch hinüber hinaus vom 16. bis zum 20. Jahr diese Mietwohnungen erwerben kann und genau das ist etwas, was eine Bereicherung ist und deine Angst, die du auch geäußert hast in dem Antrag, dass günstiger Wohnraum verloren geht, das ist ja gar nicht der Fall. Hast du die erläuterten Bemerkungen zu den Gesetzesentwürfen dir durchgelesen?

*Undeutlicher Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderatssaales.*

**Stöckler:**

Ja genau, dass das darauf abzielt, dass die Spekulation mit gemeinnützig errichteten Wohnbau verhindert werden soll und genau dafür vorgesehen ist, dass die nachträglichen Mieter und auch die nachträglichen Bewohner diese Wohnungen nur zur Mietzinsobergrenze anbieten könnten. Also deswegen zielt diese Argumentation komplett in die Leere und der Armin hat es auch vorher gesagt, der Vergleich mit den Gemeindewohnungen ist ein sehr weit hergeholter, weil es geht da hier um Genossenschaftswohnungen und nicht um Gemeindewohnungen. Und deswegen ist

für uns dieser Antrag eigentlich unverständlich und auch nicht dringlich und deswegen werden wir auch nicht zustimmen. Danke (*Allgem. Appl.*).

**GR Ehmann:**

Herr Vorsitzender, geschätzte Stadtsenatsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, Damen und Herren auf der Zuhörergalerie, lieber Antragsteller. Ja die Novelle selbst erscheint durchaus wie eine Inszenierung. Im Prinzip wenig überraschend, nämlich seinerzeit in Begutachtung geschickt, noch zusätzlich an ein Medium gelinkt. Ausländer raus, Wohnungen nur für Inländer. Der Aspekt der Hauptstadt, also der Hauptstoßrichtung, ist relativ klar und die ÖVP hat es ja auch klar vorgebracht, also die stellt natürlich den Eigentumsaspekt in den Mittelpunkt, wenig überraschend. Ich glaube aber, dass der Verlust von preisgestützten oder preisgeschützten Mietwohnungen und das Ausscheiden aus dem gemeinnützigen Wohnungskreislauf, das heißt, ausfinanzierte Wohnungen als stabilisierender Faktor, schon als wichtig dar. Ich glaube, dass das schon eine Notwendigkeit hat und dass der Genossenschaftssinn da ja eingehalten wird. Und wenn wir das verändern würden, würde das meiner Meinung nach auch nicht mehr dem Genossenschaftssinn entsprechen. Ich glaube, dass es auch keine erleichterte Eigentumsbegründung ist, warum oder Erhöhung der Eigentumsquote. Mir kommt vor, dass es da eher um einen Vorzieheffekt geht, weil wer nach zehn Jahren kauft, der kauft halt jetzt nach fünf Jahren. Ich glaube, dass auch dieses Argument nicht so zutrifft: Im Übrigen, Wohnungen unter 40 m<sup>2</sup> sind in diesem Bereich keine Option, weil das ein Eingriff in bestehendes Recht wäre. Und wenn keine Eintragung erfolgt im Grundbuch, nämlich gefördert errichtet, das ist eine vielfache Forderung der Sozialdemokratie schon oft gewesen in diesem Bereich, sind die Reglementierungen in der Praxis auch nicht wirklich überprüfbar, zumal es Umgehungsstrukturen geben können. Ich sage jetzt nur, Untervermietung etc, das ist auch klar. Und die Verschuldung junger Menschen ist schon angesprochen worden. Ich glaube, das zu forcieren, ist auch kritisch zu sehen, da bin ich beim Antragsteller. Das widerspricht auch den sich rasch ändernden

Lebensverhältnissen von jungen Menschen und dem Trend eben zu temporärem Nutzen von Dingen, sage ich nur, share the economy. Hier werden auch Abhängigkeiten geschaffen. Also ich sage nur bei Mindestsicherungsbezug, z. Bsp. so wie es jetzt kommen wird, also die Neuverschuldung bei Wohnbaukrediten ist nämlich auch mittlerweile auf Rekordniveau und da gibt es auch Zahlen dazu. Und daher sehe ich auch diesen Antrag durchaus als dringlich an, diese Möglichkeit hier anzusprechen und hier quasi als Stadt eine andere Meinung dazu abzugeben und sehr kritisch das zu sehen in der Begutachtung. Deshalb werden wir diesem Antrag auch zustimmen (*Allgem. Appl.*).

**Eber:**

Danke, jetzt natürlich vor allem an Michi Ehmann (*lacht*) für diese Wortmeldung und die Unterstützung des Antrages. Ich möchte vielleicht kurz zum Kollegin Armin Sippel ein paar Worte sagen. Ja natürlich gibt es über diesen Punkt hinaus noch einige Punkte, die da mitgeändert werden sollen. Wir sind nicht mit allem einverstanden, das kann ich dir jetzt auch sagen (*lacht*), mit manchem sehr wohl, was airbnb anbelangt, was den Revisionsverband anbelangt usw. da kann man sich das durchaus natürlich anschauen. Du hast auch gesagt, ja es kommt ja auch sozusagen neues frisches Kapital herein, um dann mit dem wiederum neuen Wohnraum zu schaffen. Das ist in der Vergangenheit halt, nicht unbedingt in diesem Bereich, aber in anderen Bereichen haben wir das natürlich auch gesehen, dass dort, wo Wohnraum privatisiert worden ist, das hereingespülte Kapital nicht zwangsläufig dann für neuen Wohnraum verwendet worden ist und von daher bin ich auch natürlich der Meinung von Michael Ehmann, der das angesprochen hat, dass dieser Kreislauf da durchaus unterbrochen wird und es handelt sich da, wie gesagt, vorwiegend um ausfinanzierte Wohnungen und das wäre natürlich sehr nachteilig. So viel dazu. Danke jedenfalls für die Unterstützung, Michi Ehmann, und danke für die Aufmerksamkeit (*Allgem. Appl.*).

***Der dringliche Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und SPÖ) abgelehnt.***

### **9.3 Graz braucht eine Offensive zur Verkehrsberuhigung (GR Dreisiebner, Grünen)**

**GR Dreisiebner:**

Werter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie. Für uns ein dauerhaftes Anliegen, aber es gibt immer einen kleinen Grund, warum wir jetzt mit dem Thema kommen. Diese Stadt auch für Menschen so zu gestalten, dass sie mehr Platz haben, Platz für Menschen war sogar einmal das Schlagwort und der Begriff, mit dem Erich Edegger von der ÖVP Verkehrspolitik und Stadtplanungspolitik gemacht hat, war die Evaluierung des Modal Splits der Verkehrsmittelwahl der Grazerinnen und Grazer. Das ist ja jetzt in letzten Wochen von der Elke Kahr und von der Abteilung für Verkehrsplanung präsentiert worden. Daten beziehen sich auf Ende 2018, Herbst 2018 und die Erhebung davor war im Jahr 2013. Das Erfreuliche an der wachsenden Stadt Graz ist, dass wir den FußgängerInnenanteil stabilisieren konnten, sogar leicht zulegen, dass wir beim Fahrradanteil eine starke Zulage haben, fünf Prozent in etwa, und beim ÖV, wenn man wieder umlegt auf diese Mehrpersonen, die anwesend sind aufgrund des Wachstums der Stadt und des Wirtschaftsraumes Graz, auch zu einem Plus der Fahrgäste führt. Abgenommen haben PKW-Lenker und -Lenkerinnen sowie die Mitfahrerinnen und Mitfahrer. Im Detail gibt es dann noch viele große Fragezeichen und auch Auffälligkeiten, damit werde ich aber jetzt aber nicht kommen, dass z. Bsp. die meisten Mitfahrerinnen und Mitfahrer Kinder sind, Volksschulalter, nur so kurz erwähnt. Um was geht es im Großen und Ganzen? Diese Stadt ist natürlich sehr ausgerichtet, wenn man sich die Straßen anschaut, die Plätze anschaut, dass es Fahrbahnen für die Fahrzeuge motorisierter Art gibt, auch wenn sie in ein paar Jahren vorwiegend elektrisch betrieben werden. Sie werden den

gleichen Raum in Anspruch nehmen, um fahren zu können. Das nächste Thema, das größere Thema sogar, ist das Parken. Und eine Basis der Änderung der Auswahl der Verkehrsmittel, mit dem die Grazerinnen und Grazer unterwegs sind, haben wir ein zunehmendes Defizit im Bereich des Radfahrens, natürlich auch im Bereich des ÖV ist da einiges notwendig und mancherorts auch im Bereich des Gehens. Unterschiede gibt es, wenn man das genauer analysiert, zwischen Außenbezirken, stark wachsenden Bezirken wie Wetzelsdorf oder Straßgang, wo die Autoverkehrsanteile nach wie vor viel, viel höher sind und die Radfahrer, die Fußgänger und die ÖV-Anteile viel, viel niedriger. Besser ist es, in den Bezirken eins bis sechs sehr gut sogar. Da sind diese Werte noch viel, viel toller, also da haben wir nicht 40 % der Menschen, die mit dem Auto ihre Wege machen, sondern weitaus darunter. Was folgt daraus? Ich muss in dieser Stadt den Platz umverteilen, ich muss nachdenken, und dahin zielt der Antrag ab, ich muss nachdenken, ob es nicht Zeit wird, damit Menschen sich auf ihren Straßen im Umfeld oder auf manchen Straßen im Umfeld auch aufhalten können. Stichwort: Freiflächendefizit, Stichwort: Grünraumdefizit, auch Stichwort: Räumliches Leitbild. Es geht nicht immer nur um den privaten Bereich auf einem Baugrundstück, es geht auch um den Bereich davor im öffentlichen Straßenraum. Also Radverkehr, ÖV, Fußgänger brauchen etwas mehr Raum, das heißt natürlich auch, dass man in ein paar Bereichen dem Auto etwas wegnehmen müsste, weil dazubauen, Häuserzeilen abreißen, geht ja bekanntlich nicht. Und ich habe in meinem Antrag einige Straßen hineinformuliert, wo es schon Initiativen aus der AnwohnerInnenschaft, aus der Wirtschaft gibt, die das schon verfolgen wie z. Bsp. Zinzendorfgasse, wie der Bereich vor dem Margarethenbad, Grillparzerstraße. Wir haben auch schon über die Griesgasse im Bereich des Griesviertels Bürgerbeteiligungsprojekt nachgedacht usw. usf. Der Punkt ist der, dass wir der Meinung sind, Elke Kahr und die Verkehrsplanung hätten dafür das Know-how und die Möglichkeit einer entsprechenden Prüfung von hier vorgeschlagenen Straßenzügen, aber auch von Straßenzügen, aber auch von Straßenzügen, die mir gar nicht eingefallen sind; es ist ja auch nicht meine Aufgabe vorzunehmen und diese Prüfergebnisse, ob sie geeignet sind, z. Bsp. teilweise eine Fußgängerzone zu werden oder eine Begegnungszone oder zumindest ein

Querschnittsrückbau, der mehr Raum für z. Bsp. eine Baumpflanzung, für Bänke, für Möglichkeiten sich aufzuhalten oder auch das Fahrrad abzustellen, liefert, das so dem Gemeinderat präsentiert werden soll bis in den Herbst hinein. Und dann wäre natürlich ein schönes Ziel, wenn wir uns darauf verständigen könnten in der weiteren Diskussion, dass wir in den nächsten ein bis zwei Jahren vielleicht die eine oder andere Verkehrsberuhigung, ob Fußgängerzone, Begegnungszone oder Rückbau umsetzen können. In dem Sinne stelle ich folgenden

**Antrag:**

1. Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, die Abteilung für Verkehrsplanung zu beauftragen, entlang meiner Ausführungen im Motivenbericht Straßenzüge, bevorzugt in den ersten sechs Grazer Bezirken, dahingehend zu prüfen, ob verkehrsberuhigende Maßnahmen wie etwa Fußgängerzonen, Begegnungszonen und dergleichen mehr, sowie gestalterische Maßnahmen zeitnahe, 2020/2021, umsetzbar sind.
2. Verkehrsstadträtin Kahr möge diesbezüglich dem Gemeinderat bis zur Oktober-Sitzung einen detaillierten schriftlichen Bericht mit Vorschlägen für Straßenzüge, für geeignete Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sowie den jeweiligen Umsetzungshorizonten zur Diskussion vorlegen.

Ich ersuche um freundliche Behandlung und Annahme. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Ende März präsentierte Verkehrsstadträtin Elke Kahr die neuesten*

*Modal-Split-Ergebnisse, die einen erfreulichen Trend zeigen: Der Anteil jener*

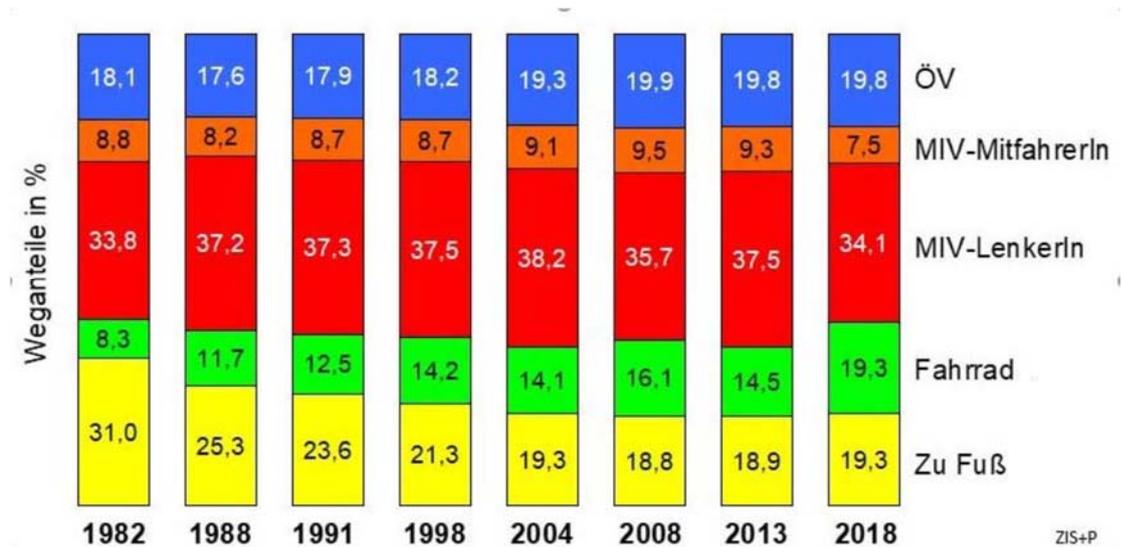
*GrazerInnen, die ihre Wege hauptsächlich mit dem Auto zurücklegen, sank um mehr als*

*5%. 2013 wurden lt. Erhebung 46,8% der Wege mit dem Auto (LenkerInnen und*

*MitfahrerInnen) zurückgelegt, die neue Erhebung, welche schon im Herbst 2018*

*durchgeführt wurde, kommt auf einen MIV-Anteil von 41,6%. Umgekehrt stieg der*

*Anteil der RadlerInnen um knappe 5%, der FußgängerInnen-Anteil sowie der Anteil der Öffi-NutzerInnen blieben stabil. Alles in allem eine sehr erfreuliche Entwicklung, die die Grazer Verkehrspolitik motivieren sollte, mehr zu tun. Vielleicht sogar viel mehr zu tun.*



*bei tiefergehender Betrachtung der neuen Modal Split Erhebung stellt man aber auch fest, dass es diese erfreulichen Verschiebungen nicht in allen Bezirken gleichermaßen gibt. In den inneren sechs Bezirken ist der Umstieg auf nachhaltige und urbane Mobilität stärker als in den Außenbezirken. Auch das gilt es, als Auftrag an die Verkehrspolitik zu interpretieren.*

*Aber zurück zu jenen sechs innerstädtischen Bezirken, wo der Umstieg zum urbanen Mobilitätsverhalten schon stark ist, wo immer weniger Menschen selbst ein Auto besitzen und die durchschnittlich mehr als drei täglichen Wege tatsächlich immer häufiger mit dem Fahrrad, zu Fuß, mit den Öffis und per Car-Sharing erledigt werden. Es ist an der Zeit, die Verkehrsflächen und die Infrastruktur für jene Mobilitätsarten, die offensichtlich immer stärker im Kommen sind, auszubauen. Das bedeutet, Räume für Menschen zu schaffen, mehr beruhigte Zonen zu schaffen, die eine bessere Mobilitätsqualität, aber auch mehr Lebensqualität bieten.*

*Rund um das Rathaus entsteht zwar aktuell eine FußgängerInnen-Zone und auch im Bereich der nördlichen Mariahilfer Straße und der Stockergasse gibt es Pläne für eine weitere Fuzo. Aber reicht das für Graz? Und reicht das für zigtausende Wege, die täglich ohne Auto stattfinden und wo Menschen zum Zu-Fuß-Gehen und zum Radeln deutlich mehr Raum brauchen? Ist es neben der Lebensqualität in den Straßenzügen nicht auch für die Wirtschaft mittlerweile eher hemmend als fördernd, dass es zwar viel Verkehr, manchmal auch Stau und jedenfalls verparkte Straßenflächen vor ihren Betrieben gibt, dafür aber viel zu wenig Raum, damit KundInnen flanieren, radeln, schauen und auch sitzen können? Und ist es schlussendlich nicht auch für unser Stadtklima schädlich, wenn es statt zunehmend entsiegelter Flächen und Bäume nur Asphalt gibt?*

*Eine Offensive für Verkehrsberuhigung ist aus unserer Sicht unumgänglich und dringend erforderlich. Damit kann Stadt neu gestaltet, bespielt, bewirtschaftet und erlebt werden. Dies sollte koordiniert und offensiv passieren – zumindest in den inneren sechs Bezirken. Straßen wie die Grillparzerstraße im Bereich des Margaretenbades, die Griesgasse von der Belgiergasse bis zur Feuerbachgasse oder, wenn verkehrstechnisch möglich auch bis zum Griesplatz, die Zinzendorfgasse, die Technikerstraße und die Gartengasse, die Klosterwiesgasse zwischen Jakominiplatz und Grazbachgasse, die Bürgergasse sowie die Kaiserfeldgasse bieten sich für Verkehrsberuhigungsmaßnahmen an. Hier gibt es mancherorts auch Initiativen von BürgerInnen, die sich eine lebenswertere Wohnumgebung wünschen und sich eine aktive Begleitung und Unterstützung durch die Stadt erwarten.*

*Alle genannten Straßenzüge sind mögliche Beispiele für Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Neugestaltung. Es geht dabei nicht ausschließlich um durchgehende FußgängerInnen-Zonen, es kann auch die Begegnungszone das bessere Mittel sein, es kann eine Fahrradstraße werden oder ein Rückbau zugunsten von mehr Flächen für Menschen. Vielleicht gibt es statt der von mir genannten Straßenzüge besser geeignete, vielleicht ergeben BürgerInnen-Beteiligungsverfahren neue*

*Möglichkeiten. Aber gehen wir es an und geben wir den Grazerinnen und Grazern Platz in ihrer Stadt zurück. Jetzt und in den nächsten Jahren.*

*In diesem Sinne stelle ich folgenden*

***dringlichen Antrag:***

- 1. Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, die Abteilung für Verkehrsplanung zu beauftragen, entlang der Ausführungen im Motivenbericht Straßenzüge – bevorzugt in den ersten sechs Grazer Stadtbezirken - dahingehend zu prüfen, ob verkehrsberuhigende Maßnahmen – wie etwa FußgängerInnen-Zonen, Begegnungszonen und dergleichen mehr - sowie gestalterische Maßnahmen zeitnahe (2020 und 2021) umsetzbar sind.*
- 2. Verkehrsstadträtin Elke Kahr möge diesbezüglich dem Gemeinderat bis zur Oktober-Sitzung einen detaillierten schriftlichen Bericht mit Vorschlägen für Straßenzüge, für geeignete Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sowie den jeweiligen Umsetzungshorizonten zur Diskussion vorlegen.*

**GR Topf:**

Ich darf diesen Abänderungsantrag durchaus mit dem Motivenbericht beginnen. Der Gemeinderat der Stadt Graz hat heute unter TOP 24 den Bau der Verlängerung der Straßenbahn nach Smart City – Waagner-Biro-Straße auf der Tagesordnung gehabt und auch einstimmig angenommen. Die Verlängerung der Straßenbahn nach Reininghaus und die Innenstadtentflechtung, möchte ich jetzt zusätzlich noch betonen, welche in der jüngeren Vergangenheit beschlossen wurde, runden das enorme Investitionsprogramm in der Stadt Graz bzw. auch des Landes Steiermark, möchte ich auch damit einflechten, in das Straßenbahnnetz der nächsten Jahre ab. Der Masterplan ÖV mit den Stufen 1 und 2 bringt Änderungen sowie erhebliche Verbesserungen der

Busanbindungen im Grazer Westen bzw. auch im Süden. Die Holding Graz Linien plant für die nächsten Jahre massive Investitionen für weitere Ausbaumaßnahmen im Straßenbahn- und Busnetz, insbesondere auch was die Anbindungsmöglichkeiten z. Bsp. der Busse betrifft. Als Grazer Volkspartei haben darüber hinaus wir in der jüngeren Vergangenheit mehrfach Ideen präsentiert, um neue Dimensionen für den ÖV zu erschließen, die auch bereits breit diskutiert und auch angenommen wurden. Damit treten weitreichende gesamthafte Auswirkungen auf das Verkehrssystem in den erreichten Stadtbezirken ein, weshalb ich namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP den

### **Abänderungsantrag**

stelle, der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Frau Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird beauftragt, im Hinblick auf das durch den Gemeinderat beschlossene Ausbauprogramm bei den Straßenbahn- und Buslinien sowie unter Einbeziehung einer aktualisierten Mobilitätsstrategie und den damit zusammenhängenden Auswirkungen auf den innerstädtischen Verkehr eine gesamthafte Darstellung der Verkehrsflüsse, das ist für uns entscheidend, bzw. des Verkehrssystems, jetzt sage ich einmal, vorrangig, zumindest innerhalb der ersten sechs Grazer Stadtbezirke, zu erstellen und das Ergebnis sowie die daraus gezogenen Schlüsse dem zuständigen Verkehrsausschuss bis zu seiner Dezembersitzung zumindest mit einem Zwischenbericht zu berichten. Ich ersuche um Annahme dieses Abänderungsantrages (*Appl.*).

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister!*

*Der Gemeinderat der Stadt Graz hat heute unter TOP 24 den Bau der Verlängerung der Straßenbahn nach Smart City – Waagner-Biro-Straße auf der Tagesordnung. Die Verlängerung der Straßenbahn nach Reininghaus und die Innenstadtentflechtung,*

*welche in der jüngeren Vergangenheit beschlossen wurden, runden das enorme Investitionsprogramm der Stadt Graz bzw. auch des Landes Steiermark in das Straßenbahnnetz der nächsten Jahre ab.*

*Der Masterplan ÖV mit den Stufen 1 und 2 bringt Änderungen sowie erhebliche Verbesserungen der Busanbindungen im Grazer Westen bzw. auch im Süden. Die Holding Graz Linien plant für die nächsten Jahre massive Investitionen für weitere Ausbaumaßnahmen im Straßenbahn- und Busnetz.*

*Wir als Grazer Volkspartei haben darüber hinaus in jüngerer Vergangenheit mehrfach Ideen präsentiert, um neue Dimensionen für den ÖV zu erschließen, die auch bereits breit diskutiert wurden und werden.*

*Damit treten weitreichende gesamthafte Auswirkungen auf das Verkehrssystem in den erreichten Stadtbezirken ein, weshalb ich namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP den Antrag, stelle, der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

*Frau Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird beauftragt, im Hinblick auf das durch den Gemeinderat beschlossene Ausbauprogramm bei den Straßenbahn- und Buslinien sowie unter Einbeziehung einer aktualisierten Mobilitätsstrategie und den damit zusammenhängenden Auswirkungen auf den innerstädtischen Verkehr eine gesamthafte Darstellung der Verkehrsflüsse bzw. des Verkehrssystems zumindest innerhalb der ersten sechs Grazer Stadtbezirke zu erstellen und das Ergebnis sowie die daraus gezogenen Schlüsse dem zuständigen Verkehrsausschuss bis zu seiner Dezembersitzung zu berichten.*

**GR Muhr:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller, vielen Dank für deinen Antrag, denn Verkehrsberuhigung und der Einsatz von

sinnvollen Mitteln zur Erreichung von einem Modal Split oder Verbesserung des Modal Split sind immer wichtig. Lieber Karl, du fokussierst aber auf die sechs Innenstadtbezirke und ich gebe dir Recht, dort ist tatsächlich ein sehr hohes Verkehrsaufkommen vorhanden und wenn man dort durch Fußgängerzonen oder verkehrsberuhigte Bereiche, Plätze und Straßen wieder für die Menschen zurückgewinnt, ist das natürlich begrüßenswert. Aber, und das darf man halt auch nicht vergessen, in den elf restlichen Außenbezirken finden derzeit ja massive Bautätigkeiten statt und die bringen natürlich auch Verkehr in diese Bezirke und man sollte natürlich auch einen kritischen Blick dorthin werfen und auch Zonen vielleicht dort auch lokalisieren. Und aus diesem Grund werden wir natürlich deinen Antrag hinsichtlich Dringlichkeit und Inhalt auch unterstützen. Lieber Georg, deinen Antrag, ich verstehe ihn schon, aber ich finde den kausalen Zusammenhang zum Antrag von den Grünen jetzt einmal nicht. Es ist auch ein sinnvoller Antrag, den du einbringst, ich hätte mir nur gewünscht, dass er vielleicht ein eigener dringlicher Antrag gewesen wäre, es geht um den Verkehrsfluss, der entstehen wird, da gebe ich dir vollkommen Recht. Da wird es um die Lokalisierung von den Plätzen gehen und in weiterer Folge, wenn man die lokalisiert hat, wo kann man Fußgängerzonen oder verkehrsberuhigte Zonen schaffen. Du fokussierst dich auf den Verkehrsstrom, auch wichtig, und was kann man dort an Instrumenten bzw. einsetzen. Also tut mir leid, aber ich kann diesem Abänderungsantrag, der dann den Antrag der Grünen zunichte oder nicht mehr rechtskräftig macht, nicht zustimmen. Danke (*Appl.*).

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Ich melde mich schon jetzt zu Wort zur Dringlichkeit für meine Fraktion. Sollte die Dringlichkeit nicht angenommen werden, damit ich zu mindestens ... aber sicher ist sicher. Und zwar inhaltlich, lieber Karl, kann ich dir in deinem Motivenbericht allem zustimmen, genau ist all das, was du in den Änderungsantrag, wobei der Kollege Muhr nicht Unrecht hat, dass das eigentlich zwei paar Sachen sind, Recht geben. Warum jetzt sozusagen nur die ersten sechs Bezirke wichtig sind, ist ein anderes Thema. Ich

finde, dass eine Mobilitätsstrategie und Verkehrsflüsse und auch Verkehrsberuhigungsmaßnahmen auf das gesamte Stadtgebiet von Graz zu sehen sind und zu überprüfen sind und auch über unsere Stadtgrenzen hinaus, genauso, wie es die Mobilitätsstrategie ja auch zum Ziel hatte und Ende 2020 sozusagen auch zu Ende ist. Ich möchte nur all jene, die schon lange da im Hause sind, erinnern, ich hoffe Sie wissen, wie lange eine Mobilitätserhebung und Mobilitätsstrategie gemeinsam, die ja gemeinsam politisch auch diskutiert werden soll, braucht. Die letzte hat drei Jahre gebraucht. Und im Wissen und falls Sie es nicht wissen, wie der Personalstand unserer Kolleginnen und Kollegen im Verkehrsplanungsamt ist, halte ich das für ziemlich kühn, hier einfach festzuschreiben, bis September muss das erledigt sein und bis zum Dezember muss das erledigt sein. Ihr habt alle, jede Fraktion hier hat einen Verkehrsstadtrat und Verkehrsstadträtin gehabt und ihr wisst, welchen Personalstand die Kolleginnen und Kollegen draußen haben. Wir haben keine fixe Leiterinstelle jetzt. Die Kollegin, die jetzt die interimistische Leiterin macht, die Frau Barbara Urban, macht derzeit x andere Planungen auch. Wir sind gerade dabei, wenn es um Verkehrsberuhigung geht, solide und seriös eine Verkehrsberuhigung rund um den Lendplatz abzuarbeiten, der in den vergangenen Perioden eigentlich immer vom Tisch genommen wurde. Das braucht aber seine Zeit. Allein dieses Projekt, da geht es um Fußgängerzonen, eigentlich das, was der Karl zum Inhalt hat, hat vom letzten Jahr Sommer bis jetzt gebraucht. Und wenn man so etwas solide mit der Bevölkerung auch kommunizieren will, dann braucht das einfach alles seine Zeit. Und deshalb frage ich mich, inhaltlich d'accord, ist ja auch genau das Ziel, was für das nächste Mobilitätskonzept, das muss ja erarbeitet werden sogar und es muss ja gemeinsam erarbeitet sein, aber diese Fristensetzung muss ich zum Schutz meiner KollegInnen ablehnen. Danke (*Appl.*).

**StR Hohensinner:**

Wünscht noch jemand das Wort zur Dringlichkeit, das ist nicht der Fall, somit komme ich zur Abstimmung der Dringlichkeit, weil ich vermute, dass die Dringlichkeit gegeben sein wird und deshalb frage ich den Antragsteller jetzt auch nicht um sein Schlusswort.

***Der dringliche Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**StR Hohensinner:**

Somit können wir jetzt über den Inhalt diskutieren.

**Dreisiebner:**

Als Erstes, Elke Kahr, diese Fristsetzung war nicht als feindlicher Akt gedacht und das könnte man z. Bsp. auch versuchen abzuändern. Ich weiß schon, es ist relativ irrelevant, aber auf das komme ich später zurück. Es ist auch die Umsetzung für nächstes, übernächstes Jahr, ich gehe eher davon aus, dass ich nachher aufgrund der Thematiken und Probleme in der Umsetzung vielleicht noch ein Jahr nachgebe. Das ist bei vielen Infrastrukturprojekten so, dass sie jetzt schon sehr viel Zeit vergehen lassen. Aber wie gesagt, das war nicht so gedacht, aber ich nehme aber gerne als Kritik mit, die ich auch konstruktiv verstehen mag für meine Fraktion und für mich selber natürlich in der Antragsformulierung. Also in dem Sinne, Hochachtung vor der Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. vor der provisorischen Leiterin der Abteilung für Verkehrsplanung. Die leisten wirklich sehr gute Arbeit, wenn man sie lässt. Und das liegt nicht an dir, Elke, würde ich jetzt einmal sagen. Das liegt an anderen Konstellationen. Eine Frage, in Bezug auf, warum nicht die Außenbezirke? Ich habe geschrieben „vorwiegend“. Ich sehe in den Außenbezirken eher folgende Problematik, dass mancherorts noch ein Gehsteig fehlt, vor allem Radverkehrsinfrastruktur fehlt und leistungsfähiger ÖV. Wir haben schon oftmals hier diskutiert,

auf wie vielen Buslinien wir quasi kein „Spazi“ mehr haben, wo man keine Leute mehr reinbringen um 7.00 Uhr in der Früh, wenn alles unterwegs ist, das ist im Südwesten, im Nordwesten usw. usf. Es werden Gott sei Dank auch neue Buslinien jetzt kommen, das neue System Graz-West, das ist zu begrüßen, ist ja auch positiv verabschiedet worden usw. Aber eine Fußgängerzone in einem Stadtteil, wo ich nicht einmal ein Zentrum habe, das könnte ich mir für Alt-Andritz vorstellen, das wäre in Wetzelsdorf im Moment, glaube ich, nirgendwo auf die Reihe zu bekommen oder eine Begegnungszone, das kann man natürlich. Ich verbiete niemandem das Nachdenken, aber ich habe auf Basis der Modal-Split-Daten die inneren Bezirke herausgenommen, weil man da noch weniger Autofahrer und noch mehr Fußgänger und Öffifahrer etc. haben. Und jetzt komme ich schon zu deiner Frage, Kollege Topf. Das Statut bzw. die Geschäftsordnung erlaubt es ja einer Fraktion wie der ÖVP, der SPÖ, der FPÖ, der KPÖ und den Grünen zwei dringliche Anträge einzubringen pro Sitzung. Warum hast du das als nicht selbstständigen Antrag eingebracht? Nur damit dieser Antrag von den Grünen hier nicht überleben kann? Ich stelle ja eine ganz offene Frage Ist das die politische Strategie? Ablehnen wollen wir ihn nicht (*Appl.*) und jetzt schießen wir ihn mit etwas anderem ab. Zur Kenntnis genommen. Und insoferne, Herr Stadtrat Riegler ist ja leider nicht anwesend, man darf das alles machen, ist ganz klar, das sind die Spielregeln. Der Stadtrat Riegler ist ja leider nicht anwesend, der ja in einem Interview vor wenigen Tagen, am Wochenende, in der Kleinen Zeitung gesagt hat, er will, dass in gewissen Straßen der Verkehr zurückgedrängt wird und dass Platz für Menschen geschaffen wird. Auf die Nachfrage des Herrn Redakteurs hat er gesagt: bis 2050. Ok, ich weiß, ich habe das ein bisschen recherchiert, ich bin dann 82 und er ist ein bisschen älter. Ich weiß schon, die Lebenserwartung steigt und das ist super, dass wir so lange leben werden, aber das ist doch bitte nicht Euer ernst, aber scheinbar doch.

**StR Hohensinner:**

Bitte auf die Zeit achten.

**Dreisiebner:**

Ich komme zum Abschluss, nehme zur Kenntnis, dass man hier nicht ernsthaft über das Thema diskutieren kann und dass man in einer Sitzung, wo man versuchen, mit dem Räumlichen Leitbild, mit der Stadterhitzung, mit dem Bedarf nach Grün in allen Lagen, auf Grundstücken, aber auch im Straßen- und öffentlichen Bereich, Platzbereich, dass man dann hier so mit Tricks, sage ich es ganz offen noch einmal, geschäftsordnungsmäßig korrekten ...

**StR Hohensinner:**

Bitte zum Punkt kommen jetzt.

**Dreisiebner:**

... geschäftsordnungsmäßig korrekten Tricks quasi nicht weiterkommen darf und nicht darüber diskutieren darf. Ihr braucht dann doch wiederum die Parteien für die Zweidrittel-Mehrheit, sage ich nur für das Protokoll, was keine Drohung sein soll, sondern was einfach nur mitgenommen wird in die weitere Diskussion. Vielen Dank  
(Allgem. Appl.).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) angenommen.***

**9.4 Angemessene Radanbindung Reininghaus - Innenstadt  
(GR<sup>in</sup> Ussner, Grünen)**

**GR<sup>in</sup> Ussner:**

Sehr geehrte Kollegen, Kolleginnen, liebe Zuschauer, Zuschauerinnen. Graz hat ein massives Problem mit dem KFZ-Aufkommen. Das hat man die Woche an mehreren Tagen stark bemerkt durch teilweise 40-minütige Staus, das war in den letzten Tagen noch einmal sehr zu spüren. Vielleicht sollte man dann einmal von der Strategie, dass mehr Autoinfrastruktur das massive Aufkommen in den Griff bekommt, abgehen. Aber das ist auch eine grundsätzliche Frage. Jedenfalls, anstatt das umweltfreundlichste gesündeste und kostengünstigste Verkehrsmittel, nämlich das Fahrrad, zu fördern, denken wir noch immer über die Errichtung einer Kfz-Unterführung in der Josef-Huber-Gasse nach als Anbindung für Reininghaus. Es braucht in Graz ein grundlegendes Umdenken, wie Mobilität funktionieren soll und das haben viele Leute verstanden, auch ÖVP-Bezirksvorsteher z. Bsp. wie in Liebenau, die einen Antrag eingebracht haben zu Radverbindungen, zu Radhighways aus jedem Bezirk in die Innenstadt. Das könnte sich die ganze Stadt wünschen, dass die verkehrspolitische Denkweise der Bezirksvertreter in Liebenau schon in der Stadtregierung, im Gemeinderat auch angekommen ist. Aber, ich glaube, da brauchen wir anscheinend noch ein bisschen. Der Bürgermeister stellt ja bei jeder Gelegenheit dar, wie innovativ und großartig Reininghaus nicht ist, wogegen ich ja keinen Widerspruch habe, aber wenn es eine Insellösung in Sachen Mobilität bleibt, dann ist es einfach auch kein nachhaltiger Stadtteil mehr. Weil die Leute können dann in Reininghaus mit dem Radl im Kreis fahren und werden dazu gezwungen, wenn sie in die Innenstadt wollen, dann erst wieder das Auto zu nehmen. Es braucht einfach eine angemessene, das heißt, leistungsstarke und qualitätsvolle Verbindung für den Radverkehr von Reininghaus in die Innenstadt und genau dahin geht dann auch mein dringlicher Antrag. Weil die derzeitigen Planungen sind eigentlich ein bisschen absurd. Die geplante Radverkehrsverbindung ist nämlich folgendermaßen: Sie soll durch einen 140 m langen Tunnel, eben durch die Josef- Huber- Gassen-Unterführung, gehen und dann auch

noch geteilt mit dem Fußverkehr. Und das nur deshalb, weil der Querschnitt dieser Unterführung bereits vor 40 Jahren gebaut worden ist. Damit argumentiert man, dass man ein Verkehrsprojekt macht, von dem sogar die Stadtbaudirektion sagt, dass man das heute nie mehr so planen würde. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen und dann aber Reininghaus als innovativen Stadtteil bewerben. Reininghaus soll ein Vorzeigeprojekt sein, die verkehrliche Anbindung ist aber trotzdem dermaßen rückständig gestaltet, dass wieder zu einem großen Teil auf den Kfz-Verkehr gesetzt wird und da braucht es einfach eine Änderung. Und die gesamte Zukunftsfähigkeit von dem ganzen Projekt hängt genauso davon ab, wie die Leute dann von dort in die Innenstadt kommen. Weil ich kann mir nicht Reininghaus als abgeschlossenes System vorstellen.

*Zwischenruf unverständlich.*

**Ussner:**

Ja, aber ich rede vom kostengünstigsten und gesündesten Verkehrsmittel. Und es gibt aber genug Leute, die mit dem Rad fahren können und dazu braucht es aber auch eine Verbindung, eine angemessene. Weil, wenn die Infrastruktur für eine gescheite Radverbindung nicht da ist, dann werden die Leute das auch nicht nutzen. Wenn die Infrastruktur für das Auto besser ist, dann werden die Leute in das Auto steigen. So einfach ist die Geschichte. Jedenfalls kann man Reininghaus nicht als abgeschlossenes System betrachten, das so keine Auswirkungen auf die Stadt hat und vor allem das Mobilitätsverhalten von den Leuten, die dann von dem Stadtteil in die Innenstadt fahren, hat eine massive Auswirkung auf alles rundherum. Und das kann man gestalten durch die Infrastruktur, die man anbietet. In dem Sinne stelle ich folgenden

**dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat tritt an Verkehrsstadträtin Elke Kahr mit dem Ersuchen heran, die Verkehrsplanung der Stadt Graz mit der Erarbeitung einer Hochleistungsverbindung für den Radverkehr aus dem Entwicklungsgebiet Reininghaus in die Innenstadt zu beauftragen. Dem Gemeinderat wird bis Oktober 2019 ein Zwischenbericht der Planungen zur Diskussion vorlegt. Bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Graz hat ein massives Problem mit dem Kfz-Aufkommen in der Stadt und dem Kfz-Verkehr in Richtung der Innenstadtbezirke. Anstatt das umweltfreundlichste, kostengünstigste und gesündeste Fortbewegungsmittel Fahrrad massiv zu fördern, wird die Errichtung einer Kfz-Unterführung in der Josef-Huber-Gasse geplant, die täglich tausende Autos mehr über den ohnehin schon belasteten Griesplatz in die Innenstadt befördern soll.*

*Es braucht ein grundlegendes Umdenken, wie Mobilität in Graz funktionieren soll, das haben viele BezirksvertreterInnen, ArchitektInnen, StadtplanerInnen und GrazerInnen verstanden. Die Gründe dafür sind vielfältig und sprechen für sich: Graz hat noch immer ein Feinstaubproblem und ein massives Problem mit gesundheitsschädlichen Stickoxiden. Der Verkehr ist in Österreich noch immer Hauptemittent an klimaschädlichen Emissionen und der öffentliche Raum wird in Graz stark vom Auto dominiert.*

*Auf Initiative des ÖVP-Bezirksvorstehers in Liebenau wurde kürzlich ein Bezirksratsantrag mit Mehrheit angenommen, der Fahrradhighways aus allen Bezirken in die Innenstadt fordert. Dies für alle Bezirke zu fordern, ist ein wichtiger und zukunftsweisender Ansatz. Besondere Bedeutung sollte eine qualitätsvolle und leistungsstarke Radanbindung in die Innenstadt aber in jedem Fall für den neuen Stadtteil Reininghaus haben, der ja als innovativer und autoarmer Stadtteil gedacht wurde und angepriesen wird.*

*Auch bei der sehr gut besuchten Stadtteilversammlung Gries im April zur geplanten Unterführung Josef-Huber-Gasse sowie beim Stadtwandern mit Stadträtin Judith Schwentner in Reininghaus waren die Forderungen der GrazerInnen klar: Es braucht eine angemessene, das heißt leistungsstarke und qualitätsvolle, Verbindung für den Radverkehr von Reininghaus in die Innenstadt.*

*Die derzeitigen Planungen der Radverkehrsverbindung von Reininghaus in die Innenstadt sind nicht zeitgemäß und werden den Anforderungen nicht gerecht. Geplant ist ein Radweg, der durch einen rd. 140 Meter langen Tunnel (Unterführung Josef-Huber-Gasse) gemeinsam mit dem Autoverkehr geführt wird. Darüber hinaus sollen sich die RadfahrerInnen die Fläche auch noch mit den FußgängerInnen teilen.*

*Das neue Entwicklungsgebiet Reininghaus soll ein innovatives Projekt im Bereich der Stadtplanung darstellen. Innerhalb des neuen Stadtteils wurde die sanfte Mobilität auch berücksichtigt, aber das darf keine Insellösung bleiben, die an den Grenzen der Reininghausgründe wieder aufhört. Die verkehrliche Anbindung an die Innenstadt darf gerade bei einem neuen Stadtteil, der als Vorzeigeprojekt dienen soll, nicht dermaßen rückständig gestaltet sein, dass wieder zu einem großen Teil auf den Kfz-Verkehr gesetzt wird.*

*Die gesamte Zukunftsfähigkeit des Projekts hängt auch davon ab, wie sich der neue Stadtteil auf den historisch gewachsenen Teil der Stadt auswirkt. Die Art der Mobilität, die die BewohnerInnen nutzen werden, um in die Innenstadt zu kommen, zählt hier maßgeblich dazu. Diese Wahl der Verkehrsmittel entscheidet sich durch die angebotene Infrastruktur, deshalb ist eine angemessene Hochleistungsverbindung für den Radverkehr zwischen den Innenstadtbezirken und dem Entwicklungsgebiet unumgänglich.*

*Im Sinne des obigen Motivenberichtes stelle ich namens der Fraktion der Grünen – ALG folgenden*

**dringlichen Antrag:**

1. *Der Gemeinderat tritt an Verkehrsstadträtin Elke Kahr mit dem Ersuchen heran, die Verkehrsplanung der Stadt Graz mit der Erarbeitung einer Hochleistungsverbindung für den Radverkehr aus dem Entwicklungsgebiet Reininghaus in die Innenstadt zu beauftragen.*
2. *Dem Gemeinderat wird bis Oktober 2019 ein Zwischenbericht der Planungen zur Diskussion vorgelegt.*

**Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (16.33 Uhr).**

**GR Muhr:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, werte Antragstellerin, Tamara. Vielen Dank für deinen Antrag, ist für uns auch ein wichtiger Punkt und wir werden diesen Antrag auch hinsichtlich der Dringlichkeit und Inhalt befürworten. In Reininghaus selbst wäre sicherlich verkehrspolitisch noch einiges viel mehr möglich gewesen. Also da hätte es sicherlich Luft nach oben gegeben. Ich erinnere nur an die Alte Poststraße, wo eine neue Stadtautobahn entstehen wird. Also mir sind die Fahrradautobahnen lieber als die Stadtautobahnen, die dort leider aus dem Boden gestampft werden und es ist wäre natürlich wünschenswert, auch viel mehr Fahrradautobahnen aus den Außenbezirken in die Innenstadt hineinzuführen. Also das macht aus unserer Sicht Sinn. Aus diesem Grund werden wir natürlich deinen Antrag unterstützen. Danke (*Allgem. Appl.*).

**Ussner:**

Ja, finde ich ziemlich bezeichnend, dass es nicht einmal eine Debatte gibt oder irgendeine Begründung.

*Zwischenruf GR Hötzl: Wir stimmen noch nicht ab, wir überlegen noch.*

**Ussner:**

Ihr überlegt noch? Ok.

***Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.***

**Ussner:**

Ja genau (*lacht*). Noch gar nie etwas vorher ausgemacht, wie man abstimmt. Ja, bin ich aber wirklich gespannt, wie es ausgeht. Dann machen wir es so, falls die Dringlichkeit nicht durchgeht, dann ist es einfach bezeichnend dafür, wie die Stadt halt den Radverkehr sieht, nämlich nicht als das, was in anderen Städten seit Jahrzehnten als wichtig empfunden wird (*Appl.*).

**Bgm.-Stv. Eustacchio:**

Gibt es zum Inhalt Wortmeldungen?

**GR Topf:**

Liebe Antragstellerin, ich muss jetzt schon als bautechnisch Involvierter in die Maßnahmen, die halt vor 40 Jahren dort passiert sind, schon sagen, dass wir dort einfach durch die eben vor 40 Jahren bewerkstelligten Maßnahmen, die für die Unterführung der Josef-Huber-Gasse damals nach den Kriterien, die damals dem Stand der Technik entsprochen haben, was die Querschnitte betreffen, dass wir dort einfach an das, was baulich vorgegeben ist, nämlich die Bohrpfähle, die die ganze Hütte halten, wenn ich das so sagen darf, gebunden sind. Wir können nicht sozusagen die

Bohrpfähle wegnehmen, dann würde eigentlich das Bauwerk nicht mehr halten. Das heißt, wir haben einen Querschnitt vorgegeben, und du hast schon insofern Recht, dass wir dort eben mit den Maßen, die uns vorgegeben sind, das Auslangen für die Unterführung finden müssen. Das ist die Situation, auch wenn das jetzt mit dem gemischten Rad- und Fußverkehr, wir haben es bei allen Unterführungen momentan so. Ich bin ja ein ständiger Benutzer der Unterführung Feldgasse auch mit dem Fahrrad in der Kapellenstraße und der Ulmgasse, Wagner-Jauregg kann man ja alle Unterführungen aufführen, die auch im Zuge der HLG-Ausbauten der ÖBB gemacht wurden. Alle diese Querschnitte haben den gleichen Querschnitt, wie er damals sozusagen dem Stand der Technik entsprochen hat. Das heißt, gerade bei der Marienhütte, bei der Unterführung der Josef-Huber-Gasse oder am Steinfeld sind wir an das, was vor 40 Jahren an Bohrpfählen gebaut worden ist als Fundamentierung für die Marienhütte, für das Betriebsareal, in dieser Breite gebunden, das ist die Situation dort. Dass sie nicht optimal ist, ist keine Frage. Aber das ist die einzige Möglichkeit, hier mit der Breite, die eben hier zur Verfügung steht, auszukommen. Das ist der Grund, wieso ich mich zum Inhalt gemeldet habe (*Allgem. Appl.*).

**Ussner:**

Danke für die paradoxe Intervention. Lieber Georg, ich bin zwar keine Bautechnikerin, aber ich weiß, dass ihr als ÖVP, wenn es darum geht, in anderen Dingen visionsfähig zu sein, sehr kreativ sein könnt. Und ich glaube nicht, dass das die einzige Möglichkeit ist, wenn man es wirklich will und wenn man die Priorität wirklich auf eine hochleistungsfähige Radverbindung setzen würde. Also das könnt ihr mir nicht erzählen. Vielleicht funktioniert es, wenn der Radweg, wenn der Radweg ein bisschen blinkt oder so, dass ihr dann mehr Interesse habt (*Appl.*). (*Bgm.-Stv. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.5 Koralmbahn Flughafenbahnhof  
(GR Swatek, Neos)**

**GR Swatek:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne. Mein dringlicher Antrag geht heute um die Koralmbahn (*Bgm.-Stv. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke*), die spätestens 2026 in Betrieb gehen soll.

**Bgm.-Stv. Eustacchio:**

Meine Damen und Herren, ich darf darum bitten, dass wir auch Herrn GR Swatek die Aufmerksamkeit schenken für seinen Antrag. Danke.

**Swatek:**

Die Koralmbahn, auch das erste Mal, die den Raum Klagenfurt mit dem Raum Graz in nur 45 Minuten verbindet. Dabei soll auch diese Bahn direkt unter dem Flughafen durchfahren. Es wird baulich bereits Maßnahmen getroffen, dass dort auch ein Bahnhof für den Flughafen entstehen kann. Jetzt habe ich bei der letzten Gemeinderatssitzung eine Frage an den Herrn Stadtrat Dr. Riegler gestellt, der mir erzählt hat, dass die ÖBB erst in 30 Jahren eine Finanzplanung für diesen Koralmbahn-Flughafenbahnhof plant. 30 Jahre, das klingt relativ lang, das ist es auch, ich habe mir da ein paar Zahlen und Studien angeschaut. Im Jahre 2050 sollen rund 100.000 Flugtaxis auf unserer Welt sein, die NASA plant um 2048, dass der erste Mensch den Mars betritt und wir in der Steiermark hier in Graz binden unseren Flughafen an die Bahn an. Ich glaube, dass ist in der Form nicht zeitgerecht, so lange zu warten. Und deswegen habe ich gedacht, dass wir hier als oberstes Gremium dieser Stadt gemeinsam den Beschluss fassen können, unseren Herrn Stadtrat Dr. Riegler auch mit dem Mandat zu ermächtigen, hier stärker in die Offensive zu gehen, mit der ÖBB, mit

dem Verkehrsminister Norbert Hofer in das Gespräch zu gehen, damit es auch zu einem Vollausbau dieses Flughafenbahnhofes kommt, um möglichst zeitnah diesen Flughafenbahnhof auch zu bauen. Dass das gar nicht so realitätsfern ist, hat man erst im Jänner 2018 gesehen, dass der Verkehrsminister Hofer hier in Graz den Flughafen besucht hat und dort auch zu Wort gegeben hätte, dass es seiner Meinung nach auch besser wäre, den Bahnhof gleich zu bauen. Das heißt, da besteht sicher Gesprächsbereitschaft, hier auch Erfolge einfahren zu können und wenn wir uns hier als Stadt auf einen Strang einigen können und gemeinsam diese Sache angehen können, dann bin ich mir sicher, dass wir hier auch weitaus früher als in 30 Jahren, wenn vielleicht 100.000 Flugtaxi auf der Welt unterwegs sind und man vielleicht dann eh auch eine bessere Anbindung zum Flughafen schon hat, diesen Flughafen haben können. Und daher stelle ich gemäß der Geschäftsordnung den

**dringlichen Antrag,**

dass Dr. Günter Riegler ersucht wird, mit der Österreichischen Bundesregierung, insbesondere Verkehrsminister Norbert Hofer, sowie den Verantwortlichen der Österreichischen Bundesbahnen Gespräche zu führen, um einen Vollausbau des Grazer Flughafentunnels an der Koralmbahn samt Haltestelle so schnell wie möglich durchzuführen. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, welche Anreize, etwa finanzieller Natur, man für einen zeitnahen Ausbau Bund und ÖBB anbieten könnte. Ich bitte um breite Unterstützung (*Appl.*).

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Die Inbetriebnahme der neuen Koralmbahnstrecke im Jahr 2025 ermöglicht erstmals eine schnelle Verbindung von Graz nach Klagenfurt unter einer Stunde. Doch in der aktuellen Planung bringt das erfreuliche Projekt auch einen Dämpfer mit sich. Denn obwohl die Koralmbahn direkt unterirdisch am Grazer Flughafen vorbeifährt und die Voraussetzungen für den Bau eines Bahnhofs fertiggestellt werden, wird sie in*

*absehbarer Zeit keinen Halt am Flughafen machen. Denn die ÖBB plant, erst in 30 Jahren finanzielle Mittel für die unterirdische Haltestelle direkt am Grazer Flughafen frei zu machen.*

*Dabei würde die direkte Anbindung der Koralmbahn an den Flughafen diesen stark aufwerten. Die Fluggäste aus Graz, die mit der Bahn anreisen, könnten sich in Zukunft die beschwerlichen hundert Meter zwischen Haltestelle und Abflughalle sparen, die sie zu Fuß mit teilweise schweren Koffern hinter sich bringen müssen. Doch auch für Anreisende aus Klagenfurt wäre die direkte Anbindung, ohne zuerst nach Graz zu müssen, um dann wieder zum Flughafen zu pendeln, ein wahrer Gewinn.*

*Im Jahr 2050 könnten laut Studie bereits 100.000 Flugtaxis auf unserer Welt im Einsatz sein<sup>3</sup>, die Menschheit das erste Mal den Mars betreten<sup>4</sup> oder der Grazer Flughafen endlich direkt an die Koralmbahn angebunden werden. Um hier mit mehr Geschwindigkeit voranzugehen, ist es daher dringend notwendig als Stadt Graz und Eigentümer des Flughafens, in Gespräche mit ÖBB und dem Verkehrsministerium zu kommen und sich weiters auch zu überlegen, welche Anreize, z.B. finanzieller Natur, durch eine etwaige Kostenbeteiligung man für einen schnelleren Bau anbieten könnte.*

*Gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stellte ich den*

**dringlichen Antrag:**

- 1. Stadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht, mit der Österreichischen Bundesregierung, insbesondere Verkehrsminister Norbert Hofer, sowie den Verantwortlichen der Österreichischen Bundesbahnen Gespräche zu führen, um*

---

<sup>3</sup> Roland Berger/ New developments in aircraft electrical propulsion  
<https://www.rolandberger.com/de/Media/Elektrifizierung-der-Luftfahrt-Start-ups-treiben-Innovation-2.html>

<sup>4</sup> NASA-Journey to Mars  
[https://www.nasa.gov/sites/default/files/atoms/files/journey-to-mars-next-steps-20151008\\_508.pdf](https://www.nasa.gov/sites/default/files/atoms/files/journey-to-mars-next-steps-20151008_508.pdf)

*einen Vollausbau des Grazer Flughafentunnels an der Koralmbahn samt Haltestelle so schnell wie möglich durchzuführen.*

- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, welche Anreize, etwa finanzieller Natur, man für einen zeitnahen Ausbau Bund und ÖBB anbieten könnte.*

**GR Piffl-Percevic:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Niko. Danke, dass du dieses wichtige Thema der Anbindung unseres stadteigenen Flughafens auch an das Eisenbahnnetz thematisierst. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir sind in der glücklichen Lage, dass im Zuge der Realisierung der Koralmbahn Graz-Klagenfurt der ursprünglich nicht enthaltene Bauabschnitt Kalsdorf-Weitendorf, denn dort fährt alles auf die S-Bahn in die Weststeiermark auf der alten Südbahnbestandsstrecke, erst südlich oder nördlich von Wildon zweigen sich unter dem Hengsbergtunnel auch die S-Bahnzüge, die jetzt schon fahren, ab. Dieser Abschnitt zwischen Weitendorf und Feldkirchen ist aus dieser Koralmfinanzierung, Koralmbahn, herausgenommen worden. Spekuliere nicht warum, es wurde nicht mitfinanziert. Vom Land Steiermark, vom Land Kärnten, je 140.000 Millionen Euro haben wir für die übrige Strecke gezahlt. Kein Mensch hat mehr daran gedacht, dass jetzt, noch weit, bevor die Koralmbahn in Betrieb geht, auch dieser vom Land nicht mitfinanzierte Abschnitt einmal in einer ersten Phase in Betrieb geht. Das heißt, diese Spange Koralmbahn Neubaustrecke von 13 km wird, wie durch ein Wunder in Angriff genommen und zwar in einer Tieflage von 3,2 km, 13 km alles zusammen, kostet 420 Millionen Euro. Zunächst wird allerdings nur ein Geleis dort gelegt, das zweite kann sofort dazugelegt werden, weil es zunächst zur Anbindung des Güterterminals dient in Werndorf und als Umgehung für die Bestandsstrecke. Auf dieser Bestandsstrecke fahren täglich jetzt schon 70 Züge den Flughafen an. Wenn diese Umgehungsstrecke für den Güterverkehr auch für gewisse Schnellzüge da ist, werden bald 140 Züge den Flughafen täglich anfahren. Wir werden jetzt und in Zukunft nie über den bestehenden

auf der Bestandsstrecke befindlichen Bahnhof auch nur irgendwie verzichten können, weil sämtliche S-Bahnen von Spielfeld, von Radkersburg, von Deutschlandsberg werden über diese Bestandsstrecke, weil sie Kalsdorf und Feldkirchen anfahren, hereinkommen. Das heißt, wir müssen eine Zwei-Bahnhöfe-Strategie verhandeln beim Flughafen, den Bestandsbahnhof von der Bestandsstrecke anbinden und künftig den zweiten Bahnhof betreiben. Da bin ich bei dir. Diese Woche war der Herr Infrastrukturminister, am Montag dieser Woche, am Flughafen, hat nicht nur sich informiert, sondern ist mit 3,2 Millionen Euro gekommen, die für das von der Holding Graz eingereichte FFP, also Forschungsförderungsfondsprojekt, beantragt waren und dort ausgeschüttet ist, die sind zugesagt (*Allgem. Appl.*). Diese Gelder, 3,2 Millionen Euro, dienen für das von uns in Aussicht genommene Wasserstoffbusprojekt für eine Busstrecke mit Batteriebetrieb, und höre und staune, auch für einen Peoplemover vom Bestandsbahnhof zum Flughafen, das heißt, wir werden demnächst über einen Peoplemover wie Concetto roma piazzale in Venedig oder mit einem autonomen Fahrzeug, wo wir ein Kompetenzzentrum in Graz sind, diese Strecke passagierfreundlichst und modernst bedienen können. Wir haben daher, und da würde ich jetzt bitten, selbstverständlich sind wir dafür, dass auch dieser zweite Bahnhof sobald als möglich gebaut wird. Aber, erstens für diese 140 Züge, die nach wie vor auf der Bestandsstrecke fahren, die binden wir optimal an. Das ist unsere erste Priorität, wenn ein zweiter Bahnhof kommt, würde er ganz nahe liegen. Da werden aber keine S-Bahn-Züge fahren, bitte das aus den Köpfen zu verdrängen. Es ist nicht so, dass der neue Bahnhof dann näher gelegen ist und alle Züge aufnehmen kann. Das geht nicht, Zwei-Bahnhofs-Strategie. Wir danken dem Herrn Bundesminister und wir danken der Holding, dass sie hier modernst mögliche Vorsorge treffen. Daher ist dein Antrag nicht dringlich, weil besser kann man nicht den Beweis erbringen, dass gehandelt wird (*Allgem. Appl.*).

**Vorsitzwechsel – Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (16.48 Uhr).**

**GR Ehmann:**

Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, KollegInnen im Gemeinderat, meine Damen und Herren auf der Tribüne, lieber Antragsteller. Ja, lieber Niko, wir werden der Dringlichkeit zustimmen, wir sehen das auch so, unabhängig der Zwei-Bahnhofs-Strategie oder des Peoplemovers, früher hat man Förderband gesagt. Wir werden auf jeden Fall diesem Antrag zustimmen, weil es natürlich sinnvoll ist, hier so schnell als möglich diesen Bereich abzudecken. Weil, wenn man das weiterdenken in Verbindung mit dem Semmering-Basistunnel und letztendlich einer Baltic-Adriatic-Linie, dass man sagt, von Danzig, jetzt im Extremfall, von Danzig bis Venedig durchzufahren, dann macht das absolut Sinn, auch hier einen Bahnhof zu haben, Anbindung an den Flughafen, um das internationale Renommee auch zu halten und noch auszubauen. Der Flughafen funktioniert ja schon sehr gut, aber ich glaube, dann wird es noch mehr angenommen werden und noch besser sein (*Allgem. Appl.*).

**Swatek:**

Lieber Kollege Piffli-Percevic, das hat nicht ganz Sinn gemacht gegen Ende heraus deine Rede. Vor allem, weil du uns lange und ausführlich erklärt hast, dass derzeit 70 Züge fahren, das werden 140 Züge werden, wir brauchen eine Zwei-Bahnhofs-Strategie und weil das eh so super funktioniert, beschließen wir jetzt nicht, dass wir uns gemeinsam für den zweiten Bahnhof einsetzen, sondern geben uns mal nur mit dem Peoplemover zufrieden.

*Zwischenruf GR Piffli-Percevic: Das habe ich nicht gesagt.*

**Swatek:**

Doch, das war die Essenz von deiner Rede, weil klar möchtest du einen zweiten Bahnhof, aber du möchtest dich hier in diesem Antrag nicht darauf festlegen, dass wir auch hier ganz klar in die Offensive gehen und das, muss ich schon ehrlich sagen, enttäuscht mich auch ein bisschen, dass diese doch eher schwammige Ausrede, ehrlich gesagt, gar keinen wirklichen Bestand hat, auf den sie aufbauen könnte. Ich glaube, es wäre ein wichtiges Signal, dass wir als Gemeinderat uns geschlossen dafür einsetzen, bei der Bundesregierung, beim Verkehrsminister, dass die so schnell wie möglich, und daher ist die Dringlichkeit natürlich gegeben, den Verkehrsminister auch auf seine eigenen Worte aus dem Jänner 2018 nämlich, es wäre besser, den Bahnhof möglichst schnell zu bauen oder gleich zu bauen, hat er gesagt, festnageln, denn je mehr Zeit wir vergehen lassen, umso mehr wird man die eigenen Worte vergessen oder um einen alten Politiker zu zitieren: „Was interessiert mich mein Geschwafel“, von gestern und das sollte eigentlich nicht sein und deshalb wäre es wichtig gewesen, hier das Signal zu setzen (*Allgem. Appl.*).

***Der dringliche Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Neos, KPÖ, Grüne, SPÖ) abgelehnt.***

**Bgm. Nagl:**

Dann haben wir alle dringlichen Anträge erledigt, wir kommen dann zur nicht öffentlichen Sitzung. Ich darf mich bei allen MitarbeiterInnen und Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie verabschieden, danke sagen für den Dienst auch und für ihr Interesse und darf dann zum nicht öffentlichen Teil kommen.